

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 17.12.2007
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Hauptausschuss	Sitzung am Dienstag, dem 4. Dezember 2007
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:02 Uhr - 20:25 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 16.10.2007 - öffentlicher Teil -
610/2007**
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Haushalt
642/2007**
- 6. Stellenplan 2008
640/2007**
- 7. Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Städtische Feuerwehr" der Stadt Bergisch Gladbach
623/2007**
- 8. Regionale 2010 - Projekt stadt: gestalten**

- Ergänzung**
648/2007
9. **Artikelsatzung zur Reintegration von Eigenbetrieben**
639/2007
 10. **Reintegration eigenbetriebsähnlicher Einrichtungen;
VI. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister (Zuständigkeitsordnung)**
644/2007
 11. **XVIII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr Bergisch Gladbach**
631/2007
 12. **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 25.10.2007 über eine Dienstreise in die englische Partnerstadt Runnymede anlässlich eines Partnerschaftskonzertes**
591/2007
 13. **Genehmigung einer Dienstreise nach Münster**
641/2007
 14. **Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der 68. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln am 13.12.2007 in Euskirchen**
636/2007
 15. **Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW**
634/2007
 16. **Bericht aus dem Integrationsbeirat**
628/2007
 17. **Entsendung eines Mitglieds des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundige Einwohnerin in den Jugendhilfeausschuss**
566/2007
 18. **Bestellung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Umlegungsausschusses**
596/2007
 19. **Wiederwahl des Herrn Stephan Schmickler zum Beigeordneten und erneute Bestellung zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters**
569/2007
 20. **Informationen zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften**

656/2007

21. Anträge der Fraktionen

- 21.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.11.2007, die Verwaltung zu beauftragen, bei der nächsten europaweiten Ausschreibung für die Versorgung mit elektrischem Strom die Leistungsbeschreibung zu 100% für Ökostrom aus erneuerbaren Energien zu formulieren**

647/2007

- 21.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.11.2007, die Verwaltung zu beauftragen, Schritte zur Nutzung der Abwärme der Industrie in Bergisch Gladbach einzuleiten**

645/2007

- 21.3 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 12.11.2007 zur Einführung eines Gütezeichens "Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung"**

649/2007

22. Anfragen der Ausschussmitglieder

B **Nicht öffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 16.10.2007 - nicht öffentlicher Teil -**
611/2007
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Besetzung der Stelle einer Leiterin/eines Leiters für den Fachbereich 7 - Umwelt und Technik -**
568/2007
5. **Anträge der Fraktionen**
6. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die 18. Sitzung des Hauptausschusses in der siebten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Hauptausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Für die Sitzung ist Frau Ryborsch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) entschuldigt.

Sie wird vertreten durch Herrn Ziffus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Zudem nimmt vertretungsweise Frau Schöttler-Fuchs (SPD) für den verstorbenen Herrn Freese an der Sitzung teil.

Herr Orth benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 21.11.2007 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- eine ergänzende Anlage zur Vorlage 656/2007 (TOP A 20) - Information zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften (Tischvorlage).

2. <-@ Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift über die Sitzung vom 16.10.2007 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

3. <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 16.10.2007 - öffentlicher Teil -

@-> Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. <-@ Mitteilungen des Bürgermeisters

@-> Mitteilung zur Resolution zur Nachtflugregelung am Flughafen Köln/Bonn

Herr Orth teilt mit, dass die Resolution an das Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW weitergeleitet wurde und bereits eine Antwort vorliege, die den Hauptausschussmitgliedern noch zur Verfügung gestellt werde. Der Tenor des Inhalts laute wie folgt: Der Minister versichere, dass er sich dem Dialog mit den betroffenen Kommunen nicht verschließen werde, weise jedoch ebenfalls darauf hin, dass seine Entscheidung das Ergebnis eines Verwaltungsverfahrens, d.h. eine förmliche Beteiligung der Anliegerkommunen nicht vorgesehen sei. Weiterhin stelle der Minister fest, dass die Fristverlängerung der Nachtflugregelung aus seiner Sicht keine zusätzliche

Belastung für die Flughafennachbarschaft darstelle und auch die bestehenden betrieblichen Möglichkeiten für die Luftfahrtunternehmer nicht verändere, da der zulässige Flugbetrieb insgesamt unverändert bleibe. Eine reine Verlängerung der Frist bedürfe aus Sicht des Ministers keiner luftrechtlichen Änderungsgenehmigung mit einem vorgeschalteten Anhörungsverfahren.

Mitteilung zur Kooperation der Stadt Bergisch Gladbach mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis (RBK) und seinen kreisangehörigen Kommunen

Herr Orth berichtet, dass die Verwaltung in der Sitzung des Hauptausschusses am 19.02.2008 einen Bericht über die Tätigkeiten der Stadt Bergisch Gladbach in Bezug auf die Kooperation mit dem RBK und mit anderen Kommunen vorlegen werde. Dies sei zur heutigen Sitzung noch nicht möglich gewesen, da derzeit über eine Zusammenführung der Ausländerbehörden von Stadt und Kreis verhandelt werde. Dazu müsse eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abgeschlossen werden, die dem Hauptausschuss und dem Rat in der jeweils ersten Sitzung 2008 zur Entscheidung vorgelegt würden. Nach dem bisherigen Stand der Verhandlungen sei es vorgesehen, die beiden Ausländerbehörden zum 01.04.2008 beim Kreis zusammenzuführen.

5. <-@ Haushalt

@-> Herr Lang fragt, warum der Entwurf der Haushaltssatzung Pensionsrückstellungen vorsehe, obwohl die Stadt Beiträge an die Rheinische Versorgungs-Kasse (RVK) entrichte.

Herr Kreilkamp antwortet, dass die derzeitige Beitragshöhe zwar die Versorgungsleistungen der derzeitigen Pensionäre abdecke, jedoch auf Grund der demographischen Entwicklung zukünftig mit deutlich höheren Pensionsverpflichtungen zu rechnen sei. Entsprechend der neuen Systematik des NKF müsste bereits jetzt durch Rückstellungen Vorsorge getroffen werden.

Herr Lang regt an, mit der RVK über eine Beitragserhöhung seitens der Stadt bei gleichzeitiger Übernahme des geschilderten Risikos durch die RVK zu verhandeln.

Herr Kreilkamp erläutert, es seien Gespräche mit der RVK geführt worden. Es gebe für die Stadt derzeit keine Alternative zur Bildung von Pensionsrückstellungen.

Herr Lang entgegnet, der Rat schränke seinen Entscheidungsspielraum durch den Beschluss von Pensionsrückstellungen ein. Die Verwaltung solle daher auch mit dem Städte- und Gemeindebund NRW, der RVK und gegebenenfalls dem zuständigen Ministerium Alternativen erörtern. Im Übrigen stimme die BfBB-Fraktion der Vorlage zu.

Herr Mömkes führt aus, die CDU-Fraktion nehme die Vorlage zum Haushalt 2008 zur Kenntnis und werde in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses einige kleinere Ergänzungen vorschlagen.

Auch Herr Waldschmidt spricht sich für eine Verweisung der Beratungen in den Finanz- und Liegenschaftsausschuss aus. Die SPD-Fraktion werde in der Sitzung am

13.12.2007 kleine Ergänzungen beantragen.

Herr Ziffus äußert das grundsätzliche Einverständnis der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beschlussvorschlag der Vorlage. Er regt jedoch an, in Bezug auf die Produktgruppe 001.105 (Informationstechnologie und Logistik) fortlaufend zu überprüfen, ob es Alternativen zur Zusammenarbeit mit der KDVZ gebe, z.B. eine Kooperation mit anderen Kommunen. Im Bereich der Produktgruppe 009.615 (Stadtentwicklungsplanung, Strategische Verkehrsentwicklungsplanung) würden weder Handlungsfelder, noch strategische Ziele angegeben. Dies sei jedoch dringend notwendig. Zudem solle hier eine zusätzliche Stelle (Stadtentwicklungsplanerin / Stadtentwicklungsplaner) eingerichtet und dafür Mittel in Höhe von ca. 60.000,- EUR zur Verfügung gestellt werden. Diese Anregungen sollten in den Beratungen im Finanz- und Liegenschaftsausschuss als Antrag berücksichtigt werden, wobei die Teilhaushalte in Zukunft im Sinne des NKF grundsätzlich in den Fachausschüssen ausführlich beraten und dem Finanz- und Liegenschaftsausschuss Empfehlungen unterbreitet werden sollten.

Herr Schütz fordert eine Konkretisierung der Haushaltsziele mittels Kennzahlen. Er kritisiert die Höhe des Haushaltsansatzes für die Produktgruppe 001.001 (Politische Gremien und Verwaltungsführung) in Bezug auf die aus seiner Sicht zu hohen Fraktionszuwendungen. Die Fraktion KIDinitiative habe ihre Zuwendungen nie in voller Höhe ausgeschöpft und plädiere für eine Reduzierung des Haushaltsansatzes bzw. für eine entsprechende Selbstverpflichtung aller Fraktionen.

Herr Orth verweist diesbezüglich auf die Beratungen im Ältestenrat.

Herr Ziffus kritisiert die Ausführungen von Herrn Schütz. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe nicht die Möglichkeit, alle anfallenden Arbeiten mit ehrenamtlichen Kräften zu erledigen. Der Gesetzgeber spreche den Fraktionen daher auch notwendige Mittel für ein professionelles Arbeitsmanagement zu. Er lasse sich nicht sagen, dass dies die Fraktionen negativ gegenüber der Bürgerschaft darstelle.

Herr Waldschmidt und Herr Mömkes bekräftigen diese Ausführungen und regen an, zunächst die Auswertung der Verwendungsnachweise abzuwarten. Für Herrn Waldschmidt liegt der geringere Bedarf der kleineren Fraktionen unter anderem darin begründet, dass die kleineren Fraktionen im Vergleich mit den größeren Fraktionen in Bezug auf die Zahl ihrer Mitglieder überproportional hohe Fraktionszuwendungen erhielten. Der Ältestenrat könne sich natürlich mit einer Änderung der Verteilungsschlüssel beschäftigen. Die SPD-Fraktion gehe mit den ihr zur Verfügung stehenden Mittel jedenfalls sehr sparsam um.

Herr Schütz spricht sich gegen eine Änderung der Verteilungsschlüssel aus. Die Kritik von Herrn Waldschmidt sei nicht gerechtfertigt. So gebe es z.B. auch im Bundestag einen - im Verhältnis wesentlich höheren - „Oppositionszuschlag“ als Ausgleich dafür, dass den nicht an der Regierung beteiligten Fraktionen nicht der Verwaltungsapparat der Regierung zur Verfügung stünde.

Herr Orth ergänzt, dass die Aufwandsentschädigungen für die Ratsmitglieder und stellvertretenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister den größten Teil der aufgeführten 632.000,- EUR ausmachen würden. Die Zuwendungen an die Fraktionen hätten einen geringeren Anteil an diesem Ansatz. Die Bemessung der Höhe der Frakti-

onszuwendungen werde nach den gesetzlichen Vorgaben in einem geregelten Verfahren vorgenommen.

Frau Schmidt-Bolzmann äußert ihre Verwunderung, dass die großen Fraktionen ihre Zuwendungen immer fast komplett aufbrauchen würden, was für die kleineren Fraktionen nicht zutrefe. Das von Herrn Waldschmidt und Herrn Mömkes vorgebrachte Argument des Abwartens der Auswertung der Verwendungsnachweise sei eine seit Jahren praktizierte Verzögerungstaktik.

Herr Orth widerspricht den Aussagen von Frau Schmidt-Bolzmann und verweist auf die detaillierten Ausführungen in der Anlage zum Haushaltsplan.

Der Hauptausschuss verweist die Beratung dieser Vorlage einvernehmlich an den Finanz- und Liegenschaftsausschuss.

<-@

6. Stellenplan 2008

@-> Herr Ziffus verweist auf seine Ausführungen zu TOP A 5 in Bezug auf die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle „Stadtentwicklungsplanerin/Stadtentwicklungsplaner“. Zudem solle die Wiederbesetzung freier Stellen, wie vom Personalrat gefordert, generell möglichst zeitnah und wenn nötig auch extern vorgenommen werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halte es für sehr wichtig, dass ausreichend Personal im Bereich Elternbeiträge KITAs zur Verfügung stehe.

Herr Waldschmidt bittet unter Bezugnahme auf den Buchstaben E) der Vorlage um eine detaillierte Darstellung der Gründe für eine Bereinigung der kw-Vermerke im Bereich „Bürgerbüro“. Ihn interessiere insbesondere, inwiefern die zusätzlichen Öffnungszeiten des mobilen Bürgerbüros in Refrath als Begründung für eine Bereinigung der kw-Vermerke herangezogen werden könnten.

Herr Dr. Kassner zeigt sich überrascht, dass die Einrichtung von fünf neuen Stellen mit der Einführung des NKF begründet werde und dass im Bereich „Bürgerbüro“ zwei kw-Vermerke aufgehoben werden sollen. Er bittet die Verwaltung um Informationen darüber, welche Differenz zwischen den tatsächlichen Kosten für das Ausstellen eines Reisepasses und den dafür durch Bundesgesetz festgelegten zu entrichtenden Gebühren besteht.

Herr Dr. Kassner nimmt Stellung zur Forderung des Personalrates, die ausstehenden Beförderungen schon zum 31.12.2007 vorzunehmen. Hier solle die Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2008 und die Genehmigung des Landrats abgewartet werden. Er habe zudem bisher keinerlei Kenntnis von der Rückführung der Rechtsabteilung vom Kreis zur Stadt Bergisch Gladbach zum 01.01.2008 gehabt.

Herr Widdenhöfer führt aus, dass die Erweiterung der Öffnungszeiten nicht der Hauptgrund für eine Bereinigung der kw-Vermerke sei. Dies liege vielmehr im Großrechnerverfahren - bedingt durch das neue Verfahren der digitalen Passbeantragung - begründet, das sich auf jeden Arbeitsvorgang auswirke. So würden Meldeanfragen (ca. 34.000 pro Jahr) nun wesentlich mehr Zeit in Anspruch nehmen. Die Notwendigkeit des Einscannens von Fingerabdrücken bei der Beantragung eines Reisepasses (ca. 2.500 pro Jahr) habe ebenfalls zu einem zusätzlichen enormen Arbeitsaufwand geführt. Hinzu komme auch noch die gestiegene Abfrage allgemeiner Auskünfte an

der Info-Theke des Bürgerbüros.

Herr Widdenhöfer weist drauf hin, dass im letzten Jahr im Bereich „Bürgerbüro“ 3,5 Stellen eingespart und an zwei weiteren Stellen bereits vorher kw-Vermerke angebracht worden seien. Es bliebe also auch bei einer Bereinigung der beiden kw-Vermerke bei 3,5 eingesparten Stellen im Bereich Bürgerbüro. Die Gebühren für Personalausweise und Reisepässe seien in der Tat nicht kostendeckend. Es gebe diesbezüglich bereits mehrere Vorstöße der kommunalen Spitzenverbände; eine Gebührenerhebung sei von Bundesseite jedoch bisher abgelehnt worden.

Herr Mumdey erläutert, dass die fünf zusätzlichen „NKF-Stellen“ im durch die Zentralisierung der Buchführung im FB 2 entstehenden Bedarf begründet seien. Die Zentralisierung der Buchführung sei eine notwendige Maßnahme. Die Besetzung der beiden Stellen „Bilanzbuchhaltung“ werde wahrscheinlich extern erfolgen, da es verwaltungsintern keine Bilanzbuchhalterinnen/Bilanzbuchhalter gebe. Die Möglichkeiten zur Besetzung der beiden Stellen „Finanzbuchhaltung“ würden derzeit noch geprüft. Diese könnten unter Umständen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Kämmererei und/oder anderen Fachbereichen besetzt werden.

Herr Schütz **beantragt eine getrennte Abstimmung der Buchstaben A) bis F)** der Vorlage. Die Fraktion KIDinitiative werde gegen den Beschlussvorschlag zu Buchstabe B) der Vorlage stimmen. Er kritisiert, dass wiederum keine Ausführungen zu den finanziellen Auswirkungen der Beschlussvorschläge in der Vorlage enthalten seien.

Frau Schmidt-Bolzmann fordert eine Personalbedarfsuntersuchung im Bereich Vermessung. Sie könne den derzeitigen Bedarf von 18,5 Stellen im Bereich Vermessung und auch die Notwendigkeit der Einrichtung von zwei Stellen im Bereich Überwachung ruhender Verkehr nicht nachvollziehen. Die Stadt befürchte einen Rückgang der Einnahmen aus Parkgebühren auf Grund der neuen Parkplätze in Rhein-Berg-Passage und -Galerie. Sie vermute daher, dass die wahrscheinlich verminderten Einnahmen aus Parkgebühren durch höhere Einnahmen aus Bußgeldern („Parkverstöße“) ausgeglichen werden sollen. Parkgebühren seien kein Instrument der Bereicherung des städtischen Haushalts, sondern hätten Lenkungsfunktion. Bevor die Auswirkungen der neuen Kaufhausparkplätze nicht bekannt seien, sollten auch keine neuen Stellen im Bereich Überwachung ruhender Verkehr eingerichtet werden.

Frau Beisenherz-Galas und Frau Koshofer unterstützen Frau Schmidt-Bolzmann in der Aussage, die Einrichtung von Stellen im Bereich Überwachung ruhender Verkehr sei nicht notwendig. Das Gleiche gelte aus Sicht von Frau Beisenherz-Galas für den Bereich Mobile Geschwindigkeitsüberwachung. Die Stadt solle sich auf diesem Wege nicht bereichern; die für die Einrichtung der Stellen benötigten Mittel würden an anderen Stellen dringender benötigt.

Herr Mumdey entgegnet, dass das Argument Haushaltskonsolidierung für eine Ablehnung der Einrichtung von Stellen in diesen Bereichen verfehlt sei. Für die Stellen im Bereich Überwachung ruhender Verkehr bestünde ein Deckungsgrad in Höhe von ca. 200%-300%, für die Stellen im Bereich Mobile Geschwindigkeitsüberwachung in Höhe von ca. 200%.

Herr Mömkes und Herr Waldschmidt weisen darauf hin, dass eine mobile Geschwindigkeitsüberwachung beschlossen worden sei und man nun auch Personal dafür bereitstellen müsse. Die Aussagen, die Stadt wolle sich an einer Überwachung des Ver-

kehrsbereichern, hält Herr Mömkes für populistisch. Eine intensivere Überwachung des ruhenden Verkehrs sei dringend geboten. Herr Schütz schließt sich dieser Aussage an.

Herr Widdenhöfer bestätigt einen zusätzlichen Stellenbedarf im Bereich Überwachung ruhender Verkehr. Hier seien zur Zeit nur sechs Stellen eingerichtet, was für eine Großstadt wie Bergisch Gladbach eindeutig zu wenig sei. Er bekomme - insbesondere in Bezug auf Wochenenden - immer wieder Beschwerden aus der Bürgerschaft, der ruhende Verkehr solle strikter kontrolliert werden.

Herr Lang vermisst eine Stellungnahme des Bürgermeisters zur Stellungnahme des Personalrates. Der Rat müsse über eventuelle unterschiedliche Positionen von Verwaltungsleitung und Personalrat informiert sein. Im Bereich Vermessung müsse über die Möglichkeit einer Kooperation mit dem Kreis nachgedacht werden. Er kritisiert die Aussage von Frau Schmidt-Bolzmann zur Verkehrsüberwachung; der Verkehr müsse überwacht werden, um eine geordnete Verkehrsführung aufrecht zu erhalten. Er selbst halte es jedoch ebenfalls für sinnvoller, mit der Einrichtung der Stellen zu warten, bis die Auswirkungen des höheren Parkplatzangebots bekannt seien. Er fragt, warum der Bürgermeister, wie in der Stellungnahme des Personalrates beschrieben, bei der Anhebung der Stelle VV-10-117 nicht die Bewertungskommission beteiligt habe.

Herr Kreilkamp entgegnet, es sei wenig sinnvoll, wenn die Verwaltung zur Stellungnahme des Personalrates ihrerseits Stellung nehme, denn daraus würde sich wahrscheinlich wiederum eine Stellungnahme des Personalrats ergeben. Der Personalrat sei nach dem Landespersonalvertretungsgesetz zum Stellenplan anzuhören; die Verwaltung leite der Politik die sich daraus ergebende Stellungnahme des Personalrates zu. Die Auffassung der Verwaltung sei in der Stellenplanvorlage wiedergegeben. Herr Kreilkamp erläutert zu der vom Personalrat monierten fehlenden Beteiligung der Bewertungskommission bei der Anhebung der Stelle VV-10-117, dass die Bewertungskommission lediglich Vorschläge für den Verwaltungsvorstand erarbeite. Natürlich könne der Verwaltungsvorstand aber auch ohne Beteiligung der Bewertungskommission Stellenbewertungen vornehmen; unter anderem dann, wenn er deren Vorbereitung nicht benötige. Das vom Personalrat geforderte Vorgehen zur Auflösung des Beförderungsstaus sei nicht konform mit dem zwischen Bürgermeister und Politik abgestimmten Vorgehen, an das sich der Bürgermeister halte. Die Bedenken des Personalrates bezüglich eines kw-Vermerkes im Bereich Rechtsbücherei seien nicht angebracht; die Arbeit könne aufgefangen werden. Es müsse nach wie vor bei der Wiederbesetzung freier Stellen in jedem Einzelfall die Notwendigkeit der Wiederbesetzung überprüft werden, um den Haushalt nicht zu überlasten.

Auf einige weitere Fragen von Herrn Lang antwortet Herr Kreilkamp, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr eine Vorlage behandelt werde, in der dargestellt werde, warum die Stadt im Bereich Mobile Geschwindigkeitsüberwachung Stellenanteile an ein Dienstleistungsunternehmen vergeben wolle.

Die Stelle Leitung Zentrales Controlling sei intern ausgeschrieben worden; die eingegangenen Bewerbungen hätten jedoch dem Anforderungsprofil nicht entsprochen. Die Verwaltung prüfe daher derzeit die Möglichkeit einer externen Ausschreibung der Stelle; deshalb sei diese Stelle bisher noch nicht besetzt worden.

Herr Orth antwortet ergänzend auf eine Frage von Herrn Lang, der Vorschlag zur

Einrichtung von Stellen für den Pflegekinderdienst sei auf einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses und eine Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt zurückzuführen.

Herr Mömkes äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Stellenplan und unterstützt Herrn Kreilkamp in der Aussage, dass man das Haushaltsdefizit auf Dauer nicht in den Griff bekäme, wenn nicht weiterhin ein strikter Sparkurs bei den Personalkosten eingehalten werde.

Herr Ziffus erläutert, dass dies für alle Haushaltsbereiche gelte; dem Rat müssten daher zukünftig immer Alternativen zu allen grundlegenden Beschlussvorschlägen vorgelegt werden.

Frau Fahner weist auf Nachfrage von Herrn Mömkes darauf hin, dass die in der Diskussion vielfach verwendete Berufsbezeichnung „Politesse“ nicht mehr aktuell sei. Richtig sei nunmehr die gleichstellungsgerechte Bezeichnung „Fachkraft für den ruhenden Verkehr“.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der FDP folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Vorlage 640/2007 - Buchstabe A) - wird zugestimmt.

Der Hauptausschuss fasst mehrheitlich gegen die Stimme der KIDinitiative bei Enthaltung der FDP folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Vorlage 640/2007 - Buchstabe B) - wird zugestimmt.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der FDP folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Vorlage 640/2007 - Buchstabe C) - wird zugestimmt.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Vorlage 640/2007 - Buchstabe D) - wird zugestimmt.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der FDP folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Vorlage 640/2007 - Buchstabe E) - wird zugestimmt.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der FDP folgende **Beschlussempfehlung**:

Der Vorlage 640/2007 - Buchstabe F) - wird zugestimmt.

<-@

7. **Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Städtische Feuerwehr" der Stadt Bergisch Gladbach**

@-> Herr Ziffus fragt, welche Auswirkungen der diesjährige Jahresverlust von ca. 5,5 Mio. EUR, die Jahresverluste der Vorjahre und der dadurch bedingte, in spätestens fünf Jahren zu deckende Verlustvortrag auf die Höhe des zukünftigen Beitrags der Stadt zur Verlustabdeckung im Bereich Feuerwehr habe.

Herr Orth erläutert, dass dies nach der neuen NKF-Systematik deutlich werde und bittet Herrn Ziffus, im Haushaltsplanentwurf unter der entsprechenden Produktgruppe nachzuschlagen. Ab 2008 werde die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Feuerwehr in den städtischen Haushalt zurückgeführt.

Herr Mömkes äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zu dem Beschlussvorschlag. Er halte den Jahresverlust für sehr hoch, weise jedoch darauf hin, dass dieser sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 450.000,- EUR verringert habe.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

- @->
1. **Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt gemäß § 26 Absatz 2 Eigenbetriebsverordnung (EigVO NRW) die Bilanz der städtischen Feuerwehr Bergisch Gladbach zum 31.12.2006 in Aktiva und Passiva mit 30.118.848,83 EUR und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresverlust von 5.508.115,69 EUR fest.**
 2. **Der Lagebericht 2006 wird gemäß § 26 Absatz 2 EigVO NRW festgestellt.**
 3. **Der Jahresverlust aus 2006 von 5.508.115,69 EUR zuzüglich Verlustvortrag in Höhe von 1.335.004,12 EUR (Verlustvortrag zum 01.01.2006 6.921.660,12 EUR abzüglich Verlustausgleich in 2006 in Höhe von 5.586.656,00 EUR), insgesamt 6.843.119,81 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.**

<-@

8. **Regionale 2010 - Projekt stadt: gestalten**
- Ergänzung

@-> Herr Mömkes bedankt sich bei der Projektgruppe und dem Stadtbaurat für die gute Arbeit zur Regionale 2010 - Projekt stadt: gestalten. Herr Orth schließt sich diesen Dankesworten an.

Herr Lang fragt, wann und wie die Entwicklung von Bensberg und anderen Ortsteilen vorangetrieben werden solle. Er freue sich zwar, dass die Stadtmitte verschönert werde; andere Stadtteile dürften jedoch nicht außer Acht gelassen werden.

Herr Orth antwortet, dass dies auch nicht der Fall sei. Es sei geplant, in den nächsten eineinhalb Jahren ein neues Stadtentwicklungsprogramm mit Aussagen zu den einzelnen Stadtteilen zu formulieren.

Herr Ziffus äußert seine Hoffnung, dass das Projekt in allen Punkten verwirklicht werden kann. Er verliest einige Punkte, deren Aufnahme in das Projekt ihn besonders erfreut haben.

Frau Kreft kritisiert die aus ihrer Sicht fehlenden gleichstellungsgerechten Formulierungen im Memorandum.

Frau Müller-Veit erklärt, ihr seien nach der letzten Sitzung des Hauptausschusses entsprechende Vorschläge von der Gleichstellungsstelle unterbreitet worden. Sie habe sich jedoch entschieden, nicht alle vorgeschlagenen Formulierungen zu übernehmen, da es sich bei dem Memorandum um einen technischen Text handle, bei dem durch das Einfügen von Doppelungen (z.B. „Bürgerinnen und Bürger“) und Umschreibungen teilweise eine Unleserlichkeit eingetreten bzw. inhaltliche Verfälschung entstanden wäre.

Frau Schöttler-Fuchs äußert ihr Bedauern darüber, dass die Vorschläge der Gleichstellungsbeauftragten nicht in das Memorandum übernommen wurden.

Frau Kreft kann die Argumentation von Frau Müller-Veit nicht nachvollziehen und führt exemplarisch ein Beispiel für eine aus ihrer Sicht fehlende gleichstellungsgerechte Wortwahl an: Auf Seite 95 der Einladung werde unter der Überschrift „Fort-schreibung des Verkehrskonzeptes“ die Formulierung „alle Verkehrsteilnehmer“ verwendet. Stattdessen könne ohne inhaltliche Verfälschung und Unleserlichkeit die Formulierung „alle am Verkehr teilnehmenden“ verwendet werden. Nach ihrer Kenntnis sei es Bestandteil der Richtlinien für die Fördermittelbewilligung, dass eine gleichstellungsgerechte Sprache verwendet werde.

Frau Müller-Veit entgegnet, dies sei nicht durch die Förderrichtlinien vorgegeben, sondern die Stadt habe sich das Ziel gesetzt, den Planungsprozess unter Gender-Mainstreaming-Gesichtspunkten zu verwirklichen. Dies bedeute aus ihrer Sicht jedoch nicht, dass ein technischer Text durchgehend gleichstellungsgerecht formuliert sein müsse.

Frau Fahner hält es in Bezug auf die Lesbarkeit des Textes für unerheblich, wenn statt der alleinigen Verwendung von männlichen Begriffsbezeichnungen (z.B. „Bürger“) zusätzlich weibliche Bezeichnungen (z.B. „Bürgerinnen und Bürger“) verwendet würden. Eine gleichstellungsgerechte Wortwahl sei für ein zukunftsweisendes Projekt ungewiss wichtig.

Frau Beisenherz-Galas bittet um eine Überarbeitung des Memorandums.

Herr Orth schlägt vor, das Memorandum entsprechend zu überarbeiten.

Herr Nagelschmidt äußert sich sehr kritisch zur vorangegangenen Diskussion. Er bittet darum, die Prioritäten anders zu setzen.

Herr Schütz schließt sich dieser Kritik an und spricht Frau Müller-Veit sein Lob aus

für die gute Arbeit. Man solle sich nicht auf die bloße Einhaltung von Gleichstellungs-Formalismen versteifen und derart überflüssige Diskussionen führen. Für den Gleichstellungsgedanken viel bedeutender sei es, dass der Verwaltung mit Frau Müller-Weit eine sehr kompetente Fachbereichsleiterin angehöre. Er bemängelt jedoch, dass in der Vorlage wiederum das Kästchen „finanzielle Auswirkungen“ nicht ausgefüllt worden sei. Dies sei übersichtlicher als eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen im Text der Vorlage (Seite 54 der Einladung).

Herr Waldschmidt bittet um die Aufnahme folgender Ergänzungen (unterstrichen dargestellt) in das Memorandum:

Seite 89 der Einladung (dritter Spiegelstrich):

„Ziele:

- Das Wohnen in der Stadtmitte soll gestärkt und zukunftsweisende urbane Wohnformen sollen gefördert werden. Dabei wird auf eine Mischung von Wohnformen im Sinne eines differenzierten Angebotes in der Stadtmitte hingewirkt. Seniorenwohnanlagen sollen zentrumsnah entstehen.“

Seite 91 der Einladung (Einfügung eines zusätzlichen Spiegelstriches nach dem fünften Spiegelstrich):

„Ziele:

- Parksuchverkehr soll verhindert werden.“

Seiten 102/103 der Einladung (elfter Spiegelstrich):

„Maßnahmen:

- Schaffen einer Eingangssituation aus Richtung Bensberg (Stadteingang Süd), Verbesserung der Parkieranlage Schnabelsmühle, insbesondere der Wegesituation zur Innenstadt“

Der Hauptausschuss zeigt sich mit diesen Ergänzungen einvernehmlich einverstanden.

Herr Dr. Kassner weist auf einen Fehler auf Seite 121 der Einladung hin: Statt „(...) in unmittelbarer Nähe zum Marienkrankenhaus (...)“ müsse es richtig „(...) in unmittelbarer Nähe zum Evangelischen Krankenhaus (...)“ heißen.

Herr Albrecht fragt zu Seite 96 der Einladung, ob er den Begriff „Townhouses“ richtig mit „Stadthäusern“ übersetzen würde, was von Herrn Orth bejaht wird. Zu der Zielgruppenorientierung „Baugemeinschaften für einkommensschwache Haushalte und Alleinerziehende“ äußert Herr Albrecht, es müsse diesbezüglich vorsichtig vorgegangen und eine sorgfältige Integration dieser Baugemeinschaften vorgenommen werden, um die Gefahr einer Ghettobildung auszuschließen.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig **unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen** folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

@->

Die Stadt Bergisch Gladbach beabsichtigt, das Projekt Stadt gestalten im Ar-

beitsbereich :stadt der Regionale 2010 mit dem Ziel einer nachhaltigen integrier-
ten Entwicklungsplanung für die Stadtmitte durchzuführen.

Der Rat stimmt den im Memorandum, Rahmenplan und Zeitmaßnahmenplan
dargestellten Inhalten, Zielen und den vorgeschlagenen Abläufen zu.

<-@

9. Artikelsatzung zur Reintegration von Eigenbetrieben

@-> Herr Lang fragt, ob zu der Stadtbücherei unter § 3 der Artikelsatzung auch die Bü-
cherei Bensberg gehöre oder ob nur die Bücherei im forum gemeint sei.

Herr Orth verweist auf die Beschlusslage zur Bücherei Bensberg.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

@-> Die Artikelsatzung zur Reintegration eigenbetrieblicher Einrichtungen der
Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

<-@

10. Reintegration eigenbetriebsähnlicher Einrichtungen;
VI. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch
Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die
Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister (Zuständigkeits-
ordnung)

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB folgende **Beschluss-**
empfehlung:

<-@

@-> Der VI. Nachtrag zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch
Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die
Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister wird in der vorge-
legten Fassung beschlossen.

<-@

11. XVIII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für
Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr Bergisch Gladbach

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

Die XVIII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für
Krankentransporte der Freiwilligen Feuerwehr Bergisch Gladbach wird in der
als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

12. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 25.10.2007 über eine Dienst-

reise in die englische Partnerstadt Runnymede anlässlich eines Partnerschaftskonzertes

@-> Herr Schütz erläutert, dass die Anmeldefrist zu kurz gewesen sei. Es sei der Fraktion KIDitiative nicht möglich gewesen, intern und mit den anderen Fraktionen abzuklären, wer an der Fahrt teilnehmen solle. Er wünsche sich daher, in Zukunft früher informiert zu werden.

Herr Orth entgegnet, dass die Anmeldefrist völlig ausreichend gewesen sei.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig bei Enthaltung der KIDitiative folgenden **Beschluss**:

<-@

@-> **Die Dringlichkeitsentscheidung vom 25.10.2007 über die Genehmigung der Dienstreise des Ratsmitgliedes Herrn Erich Dresbach in die englische Partnerstadt Runnymede in der Zeit vom 10. bis 11.11.2007 aus Anlass eines Partnerschaftskonzertes wird genehmigt.**

<-@

13. Genehmigung einer Dienstreise nach Münster

@-> Auf eine Frage von Herrn Dr. Kassner antwortet Herr Orth, die Vorlage sei so zu verstehen, dass Herrn Hillebrand nur die Kosten für die Fahrt mit seinem PKW (Fahrtkosten) und nicht die gesamten Reisekosten erstattet werden sollen.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

<-@

- @-> 1. **Die Dringlichkeitsentscheidung vom 06.11.2007 wird genehmigt.**
2. **Über die Dringlichkeitsentscheidung hinaus wird der Erstattung von Reisekosten für Herrn Hillebrand zugestimmt.**

<-@

14. Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der 68. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln am 13.12.2007 in Euskirchen

@-> Frau Beisenherz-Galas weist darauf hin, dass sie entgegen der Ausführungen im Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 16.10.2007 (vgl. TOP A 3, Vorlage 610/2007) am Gemeindekongress 2007 und der 18. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW am 24.10.2007 in Münster teilgenommen habe; sie habe die Dienstreise jedoch mit ihrem PKW angetreten [Anmerkung der Schriftführung: Frau Beisenherz-Galas hat die Dienstreise mit ihrem PKW angetreten und ist daher nicht mit dem Reisebus gefahren, was der Grund für ihre Nichterwähnung im Durchführungsbericht war.].

Herr Orth weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage 636/2007 um die Ratsmitglieder Renate Beisenherz-Galas, Dr. Reimer Fischer und Robert Martin Kraus erweitert werden soll.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgenden **ergänzten Beschluss**:

<-@

@-> **Die Dienstreise der Ratsmitglieder Renate Beisenherz-Galas, Herbert Brenneiser, Erich Dresbach, Dr. Reimer Fischer, Wilfried Kamp, Ingrid Koshofer, Robert Martin Kraus, Heinrich Lang, David Rosen, Günter Schneeloch und Fabian Schütz zur 68. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln am 13.12.2007 in Euskirchen wird genehmigt.**

<-@

15. **Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW**

@-> Frau Schöttler-Fuchs äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion zu der Zielvereinbarung, zeigt sich jedoch verwundert darüber, dass die Vorlage nicht auch im Sozialausschuss beraten worden sei.

Herr Orth verweist auf die Zuständigkeitsordnung.

Herr Waldschmidt schließt sich der Kritik von Frau Schöttler-Fuchs an. Zumindest hätten die Fachausschüsse durch eine Mitteilungsvorlage informiert werden können.

Herr Mömkes erläutert, dass auch die CDU-Fraktion der Zielvereinbarung zustimmen werde. Er bemängelt jedoch die fehlende Auflistung der finanziellen Auswirkungen in dem in der Vorlage dafür vorgesehenen Kästchen.

Herr Schütz fragt, warum bei der Renovierung des Rathauses Gladbach und der damit verbundenen Anbringung neuer Türschilder nicht auch Bezeichnungen in Braille-Schrift aufgenommen wurden. Zudem frage er sich, wie die in der Maßnahmenliste der Vorlage aufgeführte „Aufzuganlage im Rathaus Gladbach“ architektonisch verwirklicht werden solle. Er habe Bedenken, dass die Anbringung eines Aufzuges an der Außenseite des Gebäudes das für das Stadtbild bedeutende Rathaus Gladbach verschandeln könnte.

Herr Schmickler antwortet, dass die Zielvereinbarung das gesamte Verwaltungshandeln betreffe und daher aus seiner Sicht in die Zuständigkeit des Hauptausschusses als Koordinierungsausschuss falle.

Wenn man ein Gebäude z.B. für sehbehinderte Menschen komplett erschließen wolle, so müsse vorher ein Gesamtkonzept erstellt werden, welches ein komplettes Leitsystem für das Gebäude enthalte. Eine Anbringung von Türschildern mit Aufschriften in Braille-Schrift sei nicht ausreichend. So müssten dann auch Bodenbeläge, Farbgestaltung usw. überdacht werden, was nicht im Rahmen einer Renovierungsmaßnahme zu erledigen sei.

Es gebe einen Lösungsvorschlag zur Verwirklichung des Aufzuges innerhalb des Rathauses Gladbach, der allerdings in die bestehende Raumstruktur eingreifen würde.

Herr Ziffus fragt, wann die Schulen konsequent behindertengerecht gestaltet würden.

Herr Schmickler antwortet, dass es nicht unbedingt nötig und auch finanziell nicht möglich sei, jeden Raum in öffentlichen Gebäuden behindertengerecht zu gestalten, sondern dass vielmehr bedarfsgerechte Lösungen gefunden werden sollten. So gebe es in jeder Schule Räume, die barrierefrei gestaltet und barrierefrei zu erreichen seien.

Behinderungen von Lehrern oder Schülern könnten und müssten dann bei der Raumbeteilung berücksichtigt werden.

Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

@-> **Der beigefügten Zielvereinbarung nach § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW zwischen dem Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderung der Stadt Bergisch Gladbach und der Stadt Bergisch Gladbach wird zugestimmt.**

<-@

16. **Bericht aus dem Integrationsbeirat**

@-> Herr Dr. Kassner schlägt vor, dass die Zuständigkeit für den Integrationsbeirat (IBR) bei der nächsten Überarbeitung der Zuständigkeitsordnung an den Sozialausschuss übertragen werden solle. Herr Dr. Kassner kritisiert, der IBR habe zwar das Recht, an den Sitzungen bestimmter Ausschüsse mit einer Vertreterin/einem Vertreter beratend teilzunehmen; dieses Recht werde jedoch nicht wahrgenommen.

Herr Ziffus führt aus, es bestünden Wünsche nach einem Bolzplatz im Innenstadtbereich. Er bittet um Information darüber, an welchen Stellen sich Bolzplätze im Stadtgebiet befinden. Frau Beisenherz-Galas ergänzt, diese sollten auf ihren Zustand überprüft und bei Bedarf ausgebessert werden.

Herr Orth erläutert, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Herr Schütz regt an, der Hauptausschuss solle sich mit dem IBR intensiver beschäftigen. Es bestehe offensichtlich auf beiden Seiten Gesprächsbedarf. Er kritisiert einige Aussagen von Herrn Faber auf die Fragen von Herrn Dr. Kassner. Er könne z.B. nicht nachvollziehen, dass der IBR sich nur an seinem eigenen Integrationsverständnis orientiere. Der IBR müsse auch die Meinung von Hauptausschuss und Rat berücksichtigen.

Herr Orth entgegnet, der IBR sei ein unabhängiges Gremium. Dem stehe natürlich nicht entgegen, dass Hauptausschuss und Rat gegenüber dem IBR eine eigene Auffassung vertreten können.

Herr Dr. Kassner weist ergänzend darauf hin, es sei vereinbart worden, dass ein Integrationskonzept erstellt werde, was natürlich der Rat beschließen. Hierbei solle möglichst ein Einvernehmen mit dem IBR hergestellt werden.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

<-@

17. **Entsendung eines Mitglieds des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen als sachkundige Einwohnerin in den Jugendhilfeausschuss**

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

@-> **Gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen**

mit Behinderung in Bergisch Gladbach und der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen wird Frau Claudia Breuer-Piske anstelle des Herrn Andreas Fritsch als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss entsandt.

18. <-@
Bestellung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Umlegungsausschusses

@-> Der Hauptausschuss fasst einstimmig folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@
@-> Zu Mitgliedern des Umlegungsausschusses werden bestellt als

Vorsitzender	Ltd. Kreisrechtsdirektor a.D. Dr. Klaus Rabe
stellv. Vorsitzender	Rechtsanwalt Dr. Michael Oerder
Bewertungssachverständiger	Städt. Obervermessungsrat Hans-Walter Kelz
stellv. Bewertungssachv.	Städt. Vermessungsdirektor Jürgen Späker
Vermessungssachverständiger	Ltd. Kreisvermessungsdirektor Thomas Merten
stellv. Vermessungssachv.	Dipl.-Ing. Horst Fischer.

19. <-@
Wiederwahl des Herrn Stephan Schmickler zum Beigeordneten und erneute Bestellung zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters

@-> Herr Schmickler verlässt den Sitzungssaal.

Herr Lang kritisiert, es seien auch bei dieser Vorlage die finanziellen Auswirkungen des Beschlusses nicht aufgeführt. Nach seiner Kenntnis könne Herr Schmickler im Falle seiner Wiederwahl in die nächst höhere Besoldungsgruppe befördert werden.

Herr Kreilkamp erläutert, Beigeordnete seien bei der Stadt Bergisch Gladbach nach Besoldungsgruppe B 3 einzugruppieren. Der allgemeine Vertreter des Bürgermeisters und ein weiterer Beigeordneter könnten nach B 4 eingruppiert werden. Von dieser Möglichkeit sei bei Herrn Schmickler bereits Gebrauch gemacht worden. Nach einer Wiederwahl bestehe nach der Eingruppierungsverordnung die Möglichkeit einer Höhergruppierung nach B 5.

Herr Widdenhöfer zitiert ergänzend aus der Eingruppierungsverordnung, Städte zwischen 100.001 und 150.000 Einwohnerinnen und Einwohnern dürfen ihren Ersten Beigeordneten entweder in Besoldungsgruppe B 4 oder in Besoldungsgruppe B 5 eingruppieren. Allerdings komme eine Besoldung nach B 5 nur in Betracht, wenn die Einwohnerzahl die Mitte zwischen der unteren und der oberen Grenze - also 125.000 - überschritten habe oder der Wahlbeamte in dasselbe Amt wieder berufen werde.

Herr Schütz **beantragt die geheime Abstimmung** über die Vorlage.

Herr Orth erläutert, dass diesem Antrag mindestens 1/5 der Mitglieder des Hauptausschusses zustimmen müssten (§ 18 Abs. 3 i.V.m. § 28 Geschäftsordnung).

Herr Schütz entgegnet, es handle sich bei dieser Abstimmung um eine Wahl, nicht um einen Beschluss. Gemäß § 19 Abs. 2 i.V.m. § 28 Geschäftsordnung erfolge die Wahl geheim durch Abgabe von Stimmzetteln, wenn ein Ausschussmitglied der offenen Abstimmung widerspreche.

Herr Orth widerspricht dieser Einschätzung und lässt über den Antrag von Herrn Schütz abstimmen.

Für den Antrag auf geheime Abstimmung stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, KIDitiative und BfBB (sechs Hauptausschussmitglieder). Die gem. § 18 Abs. 3 i.V.m. § 28 Geschäftsordnung erforderliche Stimmzahl von mindestens 1/5 der Ausschussmitglieder ist damit erreicht.

Für Herrn Ziffus stellt sich eine weitere Diskussion über die Vorlage als überflüssig dar. Die Personalvereinbarungen zwischen SPD-Fraktion und CDU-Fraktion würden Herrn Schmickler die notwendige Mehrheit sichern.

Zur Arbeit von Herrn Schmickler führt Herr Ziffus aus, die Rhein-Berg-Passage könne man ganz sicher nicht als „Denkmal“ bezeichnen, im Bereich Bensberg sei wenig geschehen und in anderen Bereichen seien aus seiner Sicht falsche Entwicklungen eingeleitet worden. Negativ hervorzuheben seien die Frage der Lösung der Verkehrsanbindung an die BAB 4, die Siedlungsausweitung in die Randbereiche z.B. in Schildgen (statt Siedlungskonzentration in der Stadtmitte) und sinnvolle aber späte Veränderungen der Innenstadtplanung unter dem Druck der Regionale 2010. Diese Kritik sei nicht als persönliche Kritik zu verstehen, sondern eine Darstellung der Zufriedenheit von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Für vieles, was in den vergangenen acht Jahren falsch gelaufen sei, mache er nicht Herrn Schmickler, sondern die jeweiligen Ratsmehrheiten, hauptsächlich bestehend aus CDU-Fraktion und/oder SPD-Fraktion verantwortlich. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe noch Beratungsbedarf über die Besetzung der Stelle.

Frau Beisenherz-Galas **beantragt daraufhin die Vertagung der Abstimmung.**

Für den Antrag stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und BfBB. Mit Gegenstimmen von CDU und SPD wird der Antrag bei Enthaltung von FDP und KIDitiative mehrheitlich abgelehnt.

Herr Mömkes kann die Ausführungen von Herrn Ziffus nicht teilen. Der Rat gebe vor, was in der Stadt geschehen solle und Herr Schmickler führe diese Vorgaben aus. Die Ausführung von für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möglicherweise missliebigen Ratsbeschlüssen dürfe Herrn Schmickler daher nicht vorgeworfen werden.

Herr Schmickler habe sich in den vergangenen acht Jahren für das Wohl der Stadt Bergisch Gladbach eingesetzt und habe Vorhaben angestoßen, die die Stadt mindestens in den nächsten zehn Jahren prägen würden. Die CDU-Fraktion werde daher für eine zweite Amtszeit von Herrn Schmickler stimmen.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler schlägt die CDU Herrn Dr. Kassner, die SPD Frau Schöttler-Fuchs und die KIDitiative Herrn Schütz vor. Der Hauptausschuss zeigt

sich mit diesen Vorschlägen einverstanden.

Es werden 18 Stimmzettel abgegeben. Alle abgegebenen Stimmzettel sind auch gültig. Die Auszählung ergibt folgendes Abstimmungsergebnis:

Der Hauptausschuss fasst in geheimer Abstimmung mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgende **Beschlussempfehlung**:

<-@

- @->
1. **Herr Stephan Schmickler wird zum Beigeordneten wiedergewählt.**
 2. **Herr Schmickler wird erneut zum allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters bestellt.**
 3. **Der Geschäftskreis von Herrn Schmickler umfasst unverändert die Fachbereiche 6, 7 und 8.**

Herr Schmickler kehrt an seinen Platz zurück.

<-@

20. **Informationen zur geschäftlichen Entwicklung von Beteiligungsgesellschaften**

@-> Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

21. **Anträge der Fraktionen**

21.1 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.11.2007, die Verwaltung zu beauftragen, bei der nächsten europaweiten Ausschreibung für die Versorgung mit elektrischem Strom die Leistungsbeschreibung zu 100% für Ökostrom aus erneuerbaren Energien zu formulieren**

@-> Der Hauptausschuss verweist den Antrag einvernehmlich an den zuständigen Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr.

<-@

21.2 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.11.2007, die Verwaltung zu beauftragen, Schritte zur Nutzung der Abwärme der Industrie in Bergisch Gladbach einzuleiten**

@-> Der Hauptausschuss verweist den Antrag einvernehmlich an den zuständigen Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr.

<-@

21.3 **Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 12.11.2007 zur Einführung eines Gütezeichens "Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung"**

@-> Der Hauptausschuss vertagt den Antrag einvernehmlich in die nächste Sitzung des Hauptausschusses.

22. <-@
Anfragen der Ausschussmitglieder

@-> Herr Ziffus: Anfragen zur Schadstoffbelastung in städtischen Gebäuden

Herr Ziffus verliest einen Fragenkatalog, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist und bittet um eine schriftliche Beantwortung.

Herr Ziffus ergänzt, dass ihm in der letzten Woche mitgeteilt worden sei, es handle sich bei den im Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium nachgewiesenen Schadstoffen um hoch chlorierte PCB, die deutlich gefährlicher seien als die in der Johannes-Gutenberg-Realschule nachgewiesenen PCB. Der Grenzwert liege daher nicht bei 3.000, sondern bei 1.000 ng/m³ Raumluft.

Frau Beisenherz-Galas: Anfrage zu Städtepartnerschaften

Frau Beisenherz-Galas regt auf Grund der veränderten Haushaltssituation an, eine weitere Städtepartnerschaft einzugehen und fragt nach dem dazu einzuhaltenden Verfahren. Sie bittet die Verwaltung - soweit nötig - um nochmalige Überprüfung, ob es möglich sei, eine Städtepartnerschaft mit Bejt Jala in Palästina zu begründen und ergänzend auch eine Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt in die Überlegungen einzubeziehen.

Herr Orth verweist Frau Beisenherz-Galas auf das übliche Verfahren, den Vorschlag über den Fraktionsvorsitz in den Ältestenrat einzubringen und weist darauf hin, dass ein entsprechender Vorschlag im Ältestenrat bereits zwei Mal behandelt worden sei.

Herr Schütz: Anfrage zu Informationen über Besuche aus Partnerstädten

Herr Schütz erläutert, ihm sei im Ältestenrat zugesagt worden, über Besuche aus Partnerstädten informiert zu werden. Dies sei seines Erachtens bei dem letzten Besuch einer Schulgruppe aus Velsen nicht geschehen.

Herr Orth antwortet, er werde dies überprüfen.

Herr Schütz: Anfrage zum vorgezogenen Beginn der Ratssitzung am 18.12.2007

Herr Schütz bittet den Bürgermeister um eine Aussage, ob es zutreffe, dass die Ratssitzung am 18.12.2007 eher beginne als üblich.

Herr Orth antwortet, dass dies zutreffe. Die Ratssitzung am 18.12.2007 beginne - wie im Ältestenrat besprochen - bereits um 15:00 Uhr.

Herr Lang: Anfrage zur Resolution zur Nachtflugregelung am Flughafen Köln/Bonn

Herr Lang fragt, ob die Verwaltung ihrerseits plane, in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung eine neue Vorlage zum Antwortschreiben des Landesverkehrsminis-

ters aufzunehmen.

Herr Orth antwortet, dies sei nicht vorgesehen und der politischen Initiative der Ratsfraktionen überlassen.

Herr Nagelschmidt: Anfrage zur Geschäftsführung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft (RBW)

Herr Nagelschmidt bittet den Bürgermeister um eine Sachstandsmitteilung zur anstehenden Nachfolgebesetzung in der Geschäftsführung der RBW auf Grund des Ausscheidens des bisherigen Geschäftsführers aus der Kreisverwaltung.

Herr Orth antwortet, dass Herr Wolff zwar aus der Kreisverwaltung ausscheide, zunächst aber Geschäftsführer der RBW bleibe.

Herr Zalfen: Anfrage zur Möglichkeit des Ausschlusses ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Auftragsvergabe

Herr Zalfen fragt, ob sich die Rechtslage zur Möglichkeit des Ausschlusses ausbeuterischer Kinderarbeit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge mittlerweile geändert habe.

Herr Orth antwortet, dass bisher keine Änderung der vergaberechtlichen Rahmenrichtlinien erfolgt sei.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

<-@